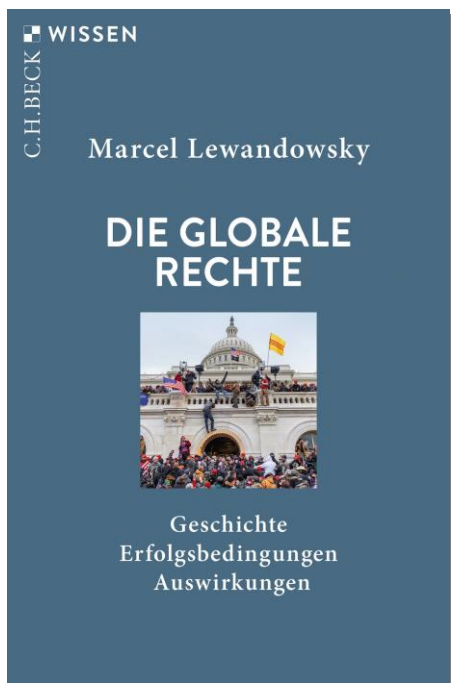


Unverkäufliche Leseprobe



Marcel Lewandowsky

Die globale Rechte

Geschichte, Erfolgsbedingungen, Auswirkungen

2025. 143 S.

ISBN 978-3-406-83018-1

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/37976540>

© Verlag C.H.Beck GmbH Co. KG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

C.H.BECK  WISSEN

Ob in den USA, Europa, Russland oder Lateinamerika: Parteien und Bewegungen der radikalen und extremen Rechten sind in den letzten Jahren auf Erfolgskurs. Sie gewinnen Wahlen, bilden Regierungen und beeinflussen öffentliche Debatten. Rechtspopulistische Parteien, die vordergründig die Demokratie bejahen, ebnen der äußersten Rechten den Weg in Institutionen und Diskurse. Wo sie an der Macht ist, werden Demokratie und Rechtsstaat in Mitleidenschaft gezogen. Der Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky zeichnet die Geschichte der Rechten nach dem Zweiten Weltkrieg nach, erläutert die Ursachen für ihre neuerlichen Erfolge und erörtert ihre Auswirkungen.

Marcel Lewandowsky ist Privatdozent an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg und forscht zu den Themen Demokratie, Populismus sowie Extremismus.

Marcel Lewandowsky

DIE GLOBALE RECHTE

*Geschichte, Erfolgsbedingungen,
Auswirkungen*

C.H.Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2025

Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses

Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Reihengestaltung Umschlag: Uwe Göbel (Original 1995, mit Logo),

Marion Blomeyer (Überarbeitung 2018)

Umschlagabbildung: shutterstock_1889190784

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 83018 1



verantwortungsbewusst produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
I. «Rechts»: Entwirrung eines Begriffs	12
1. Ungleichheitsideologien	14
<i>Rassismus, Xenophobie, Ethnozentrismus</i>	14
<i>Antisemitismus</i>	18
<i>Antifeminismus</i>	22
2. Nationalismus	24
3. Konservatismus	27
4. Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus	30
II. Von der «alten» zur «neuen» Rechten	37
1. Nostalgien und Utopien	37
2. Nach dem Zusammenbruch	42
3. Neue Parteien und alte Netzwerke	45
4. Die Neue Rechte	46
III. Die globale Rechte heute	53
1. Bewegungen	54
2. Digitale Plattformen	58
3. Rechte Parteinetzwerke in Europa	62
4. Rechte Akteure im globalen Vergleich	66
IV. Erfolgsbedingungen	85
V. Auswirkungen	94
1. Justiz	97
2. Medien	101
3. Gesellschaft	104

4. Rechtsterrorismus und Gewalt	107
5. Parteipolitische Gegenstrategien	113

VI. Zusammenfassung und Ausblick	117
---	------------

Anmerkungen	120
Bibliographie	133

Einleitung

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Buchs im Jahr 2025 sind 80 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen. Die Niederlage der Achsenmächte besiegelte auch den Untergang der autoritären und faschistischen Diktaturen, die sich in Deutschland, Italien und einigen anderen verbündeten Staaten seit den 1920er bzw. 1930er Jahren herausgebildet hatten. In Mittel- und Osteuropa errichtete die Sowjetunion neue Formen autoritärer Regime; in Westeuropa etablierten sich in den Ländern, in denen zuvor Autokraten geherrscht hatten, liberale Demokratien. Zwar blieben autoritäre Systeme in manchen Staaten Europas noch bis in die 1970er Jahre hinein bestehen, doch der rechte Totalitarismus, der bis ins Surreale überzeichnete Führerkult, die Ideologie von Blut, Boden und Gewalt, die Militarisierung und Enthumanisierung der Gesellschaft und der fanatische Antisemitismus schienen in den Ruinen des Krieges endgültig begraben worden zu sein.

Acht Jahrzehnte später erscheint also dieses Buch mit dem Titel *Die globale Rechte*, das nicht allein zur Reflexion über Vergangenes anregen will. Sein Gegenstand ist die globale Rechte in ihrer gegenwärtigen Erscheinungsform und in historischer Perspektive. Schon eingangs muss festgestellt werden, dass die Rechte heute über eine politische Gestaltungsmacht verfügt, die ihr viele Beobachter noch vor wenigen Jahren nicht zugetraut hätten. Doch in zahlreichen Ländern haben sich Parteien der radikalen und extremen Rechten wieder etabliert. In manchen davon sind sie sogar die stärkste politische Kraft, und in einigen ist es ihnen gelungen, Regierungen zu bilden und über lange Zeiträume hinweg an der Macht zu bleiben. Dort haben sie die Demokratien nachhaltig verändert. Vielerorts haben rechte Regierungen die Gewaltenteilung beschnitten, die Verfassungsgerichtsbarkeit geschwächt und die Justiz unter ihre Kontrolle

gebracht. In Polen, wo 2023 ein Bündnis aus Liberal-Konservativen und Linken unter Donald Tusk die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von der Macht verdrängen konnte, befindet sich die demokratische Regierung noch im Dauerkonflikt mit den in den Institutionen verbliebenen Unterstützern der Rechtspopulisten. In den Vereinigten Staaten hat Donald Trump zum zweiten Mal die Präsidentschaft für sich gewinnen können und umgehend mit dem Umbau des Staatswesens begonnen. Tech-Milliardäre, vor allem Elon Musk, fördern den ehemaligen Reality-TV-Star finanziell, ideell und nicht zuletzt durch das soziale Netzwerk X, das sich zu einer führenden Plattform für rechtsradikale und rechtsextreme Inhalte entwickelt hat. Im Gegenzug erhält Musk direkten Zugriff auf die Bürokratie.

Und doch griffe es zu kurz, schlichtweg von einer «Renaissance des Faschismus» zu sprechen. Die Rechte hat ihr Gesicht verändert. Erstens sind die Parteien und Bewegungen, die das Feld rechts der Konservativen bespielen – und zum Teil selbst einst konservative Parteien waren –, trotz großer Überschneidungen, Vernetzungen und ähnlicher Strategien von einer gewissen ideologischen Heterogenität geprägt. Das ist kein überraschender Befund, zumal dasselbe auch schon für die unterschiedlichen antidemokratischen und antimarxistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit galt – man denke an die Konkurrenz zwischen der deutschen und österreichischen Variante des Faschismus in den 1930er Jahren. Zweitens hat sich die Strategie der radikalen und extremen Rechten nach dem Zweiten Weltkrieg weiterentwickelt. Sie hat sich an die Bedingungen moderner Mediendemokratien angepasst, neue Jugend- und Subkulturen ausgebildet und das Internet und soziale Netzwerke für sich zu nutzen gelernt. Der Erfolg von Akteuren wie der Alternative für Deutschland (AfD), dem Rassemblement National, den Fratelli d'Italia (FdI) oder auch Donald Trump wäre kaum vorstellbar ohne die ideologische und strategische Revision, die wir unter dem Begriff «Neue Rechte» kennen. Und drittens sehen wir gegenwärtig eine rapide Weiterentwicklung der Netzwerke der globalen Rechten, die sich zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Bandes lediglich als Momentaufnahme erfassen lässt. Wie

sich die technologische und monetäre Einflussnahme libertärer Tech-Milliardäre nicht nur auf die USA, sondern auch global auswirken wird, lässt sich bisher nur in Ansätzen erkennen.

Aus internationaler Perspektive präsentiert sich die radikale und extremistische Rechte heute als Mosaik unterschiedlicher antidemokratischer, populistischer, faschistischer, rassistischer und antisemitischer Parteien, Gruppen und intellektueller Strömungen, die teils an nationale Traditionen und Mythen anschließen, sich teils libertär, teils sozial positionieren, teils konservativ, teils disruptiv auftreten. Sie stehen damit am gegenwärtigen Punkt einer Entwicklung, die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann und deren Wurzeln noch weiter in die Vergangenheit zurückreichen. In Italien griffen «postfaschistische» Strömungen die Ideologie der gerade untergegangenen Diktatur auf und passten sie an die Bedingungen der sich etablierenden Demokratie an. In der jungen Bundesrepublik scheiterten rechtsradikale Parteien an der Wahlurne und an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, um ab den 1960er Jahren erneut in Erscheinung zu treten. In Spanien und Portugal bestanden Diktaturen bis in die 1970er Jahre hinein fort. Auch in den qua Selbstbeschreibung «antifaschistischen» Staaten des Ostblocks gediehen rechtsradikale und -extreme Bewegungen, wurden aber freilich erst nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen Teil der neuen Parteienlandschaften. In den Vereinigten Staaten bildete sich in der Zwischenkriegszeit eine nationalsozialistische Bewegung heraus, die eine begrenzte politische Bedeutung entfaltete. Dennoch sind struktureller Rassismus und Ungleichheit in der US-amerikanischen Gesellschaft verwurzelt. Sie zeigen sich in der jahrhundertelangen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung, sei es durch die Sklaverei oder durch die anschließende Benachteiligung, die vor allem in den Südstaaten bis in die 1960er Jahre hinein in Form von gesetzlich geregelter Segregation bestand und die von rechtsextremen Gruppen wie dem Ku-Klux-Klan militant verteidigt wurde. Nach dem Siegeszug der Bürgerrechtsbewegung verschwand die radikale Rechte nicht. Sie existiert heute in Gestalt verschiedener Gruppen der Alt-Right, etwa der Proud Boys oder der Oath

Keepers, und hat sich in der Republikanischen Partei unter Donald Trump im politischen Mainstream etabliert. In Russland hat sich nach dem Ende der UdSSR ein nationalistischer Mainstream herausgebildet, der Imperialismus und Militarismus mit einer Verklärung der stalinistischen Vergangenheit verbindet und unter dem faschistischen Regime Wladimir Putins zur Staatsdoktrin geworden ist. Auch in einigen südostasiatischen Ländern lässt sich eine vitale Szene rechter Gruppen und Organisationen beobachten, die durchaus ideologische Überschneidungen zur europäischen Rechten aufweisen, aber auch mit anderen Ungleichheitsvorstellungen auftreten. An die Stelle der Vorherrschaft einer «weißen Rasse» tritt in den Bewegungen Japans und Südkoreas die Ablehnung spezifischer Einwanderergruppen aus anderen asiatischen Ländern sowie eine ultranationalistische Ideologie.

Allein die vielfältigen Kooperationen, ähnlichen Strategien, ideologischen Überschneidungen, Entstehungs- und Erfolgsursachen weisen darauf hin, dass die Rechte aus globaler Perspektive einerseits als Nebeneinander jeweils nationaler Bewegungen verstanden werden kann, die mit vergleichbaren Agenden operieren und ihren Erfolg ähnlichen Faktoren verdanken. Andererseits muss die globale Rechte als grobmaschiges Netzwerk von Akteuren betrachtet werden, die sich tatsächlich als Teil eines gemeinsamen Projekts wännen, das Politik und Gesellschaft grundlegend verändern will. Es ist keine Übertreibung, hier von einer «nationalistischen Internationale» zu sprechen – ein Begriff, der übrigens schon 1934 als Kurzbezeichnung für die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten verwendet wurde.

Gerade weil die Rechte aus globaler Perspektive mit ihren Überlappungen und Abgrenzungen verstanden werden soll, braucht es eine begriffliche Präzisierung. Denn was wir gemeinhin unter «rechtsradikal» oder «rechtsextrem» verstehen, hat seine ideologische Genese in den Gesellschaften der nördlichen Hemisphäre, vor allem in Europa und den Vereinigten Staaten. Bei allen Unterschieden, die es in diesem Buch herauszuarbeiten gilt, lassen sich als gemeinsame Grundlagen (1) ein meist kultu-

rell oder ethnisch verstandener, kämpferischer Nationalismus, (2) die Ablehnung demokratischer Prinzipien, (3) die Ablehnung von gesellschaftlichem Pluralismus sowie (4) die als natürlich gedachte Ungleichheit von Menschen auf Basis ihrer ethnischen bzw. kulturellen Gruppenzugehörigkeiten aufführen. Gesondert ist hier (5) der Antisemitismus zu nennen, der zum einen eine spezifische Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit darstellt, zum anderen eine eigenständige, in zahlreichen Formen auftretende Einstellung gegenüber Juden ist, die die Ideologie der extremen Rechten (und nicht nur sie) prägt und Verschwörungserzählungen inspiriert. Nahezu alle diese Aspekte zeigen, dass die globale Rechte, wenn auch nicht als allein «westliches», so doch zumindest als ein solches Phänomen gedacht werden muss, das von der Geschichte des europäischen Kolonialismus, Rassismus und Antisemitismus kaum zu trennen ist. Greifen wir das Bild des Mosaiks nochmals auf: Wenngleich die Steine ein gemeinsames Muster ergeben, sind sie für sich genommen doch recht unterschiedlich in Farbe, Beschaffenheit und der Position, die sie im Gesamtbild einnehmen. Schon über die Frage, worin etwa die Eigenschaften rechter Politik in Lateinamerika oder Asien im Vergleich zu Europa oder den USA bestehen – und ob hier von «rechts» nach europäischem Verständnis gesprochen werden kann –, hat sich jüngst eine akademische Debatte entzündet.¹ Es bedarf einer Begriffsklärung, die deutlich macht, welche Kriterien in diesem Buch an die entsprechenden Phänomene angelegt werden, um sie als «rechts» zu identifizieren. Zunächst soll «rechts» zwecks Lesekomfort als Sammelbegriff sowohl für radikale als auch für extremistische Ideologien, Parteien, Bewegungen und Orientierungen der politischen Rechten verwendet werden, nicht jedoch für genuin konservative Ideen und Strömungen. Dort, wo es notwendig erscheint, wird er entsprechend präzisiert.

Dieses Buch will dabei helfen, die globale Rechte in ihren jeweiligen regionalen und nationalen Eigenheiten und als Netzwerkstruktur zu verstehen. Wenngleich der Fokus auf ihrer zeitgenössischen Erscheinungsform liegt, können historische Wurzeln und Bezüge nicht ignoriert werden. Rechte Ideologien,

genauer: die ihnen zugrunde liegenden Ideen, reichen weit in die Geschichte zurück.

I. «Rechts»: Entwirrung eines Begriffs

Welche Irritationen der Begriff «rechts» auslösen kann, lässt sich an einem Beispiel aus der jüngeren deutschen Politik illustrieren. Anfang 2024 kam es in zahlreichen Städten der Bundesrepublik zu Demonstrationen. Auslöser der Proteste war die Recherche des journalistischen Netzwerks Correctiv, das über ein Treffen in Potsdam im vorangegangenen November berichtet hatte. Dort waren Mitglieder der Identitären Bewegung, der AfD sowie der WerteUnion zusammengekommen und hatten ein Programm diskutiert, das unter anderem auf die massenhafte Deportation von Menschen mit Migrationsgeschichte abzielte. Die Berichterstattung löste einen Aufschrei in Politik und Medien aus. In der Folge kam es über mehrere Wochen zu Massenkundgebungen unterschiedlicher Organisationen, Parteien und Initiativen, deren gemeinsames Motto der Schutz der liberalen Demokratie war.

Obwohl auch prominente Christdemokraten an den Demonstrationen teilnahmen, haderten andere Vertreter der Partei mit der Stoßrichtung der Proteste. Grund dafür war die negative Konnotation des Begriffs «rechts». Rechte Politik mit Rechtsradikalismus und -extremismus gleichzusetzen, so ein oft vorgebrachtes Argument, lasse zu, dass verfassungsfeindliche Kräfte die demokratische Rechte – also die Konservativen – diskreditierten und überlasse ihnen kampfflos das Feld. Andere wandten hingegen ein, dass «rechts» all jene Strömungen einschließe, die sich jenseits des Konservatismus gebildet hätten – etwa jene, die als «Neue Rechte» bekannt wurde und gegen die sich gerade Christdemokraten tunlichst abgrenzen sollten.² Doch es gab durchaus auch Verständnis für die Vorbehalte im Spektrum der CDU/CSU. Der Publizist Ronen Steinke kritisierte, dass viele

Linke im Kontext der Demonstrationen die Union dem Lager der Rechten zuordneten, sie damit in die Nähe der AfD rückten und so die Chance verspielten, die Proteste auf eine breite zivilgesellschaftliche Basis zu stellen.³ Konservative Demokraten fühlten sich durch die Abgrenzung nach «rechts» abgeschreckt: Denn als «rechts» verstanden sie sich vielleicht selbst, aber eben auch als Demokraten.

Die Debatte zeigt, wie wichtig die begriffliche Fixierung politischer Ideologien für das Selbstverständnis und die Strategie politischer Akteure ist. Ohne die Begriffe «rechts» und «links», die man irrtümlicherweise für tradiert halten mag, wäre die politische Auseinandersetzung generell kaum denkbar. Sie bieten Identifikation mit der eigenen Gruppe und Abgrenzung von anderen; sie erlauben es, ohne große Detailkenntnis politische Positionen des Gegenübers anzunehmen. Aber deshalb sind die Begriffe auch anfällig für Missverständnisse und Fehlinterpretationen, werden oft intuitiv verwendet und gelten manchen als Label, das den jeweils anderen von der Debatte ausschließt. Eine klare begriffliche Verortung muss zum einen an unsere Alltagssprache anschließen, zum anderen unter Zuhilfenahme der Begriffs- und Ideengeschichte verdeutlichen, was wir eigentlich meinen (sollen), wenn wir von «rechts» sprechen.

Wer im Alltag von «Rechten» spricht, der kann, je nach eigenem Standpunkt und Sympathie, konservative, christdemokratische, rechtsradikale, rechtsextreme, faschistische oder rechtspopulistische Parteien, Bewegungen, Personen und Einstellungen meinen. Analytische Trennlinien sind in der Realität oft weniger scharf als in der Theorie, etwa dann, wenn Mitte-Rechts-Parteien als Plattform für extremistische Gruppen dienen oder sich selbst radikalisierten.⁴ Um rechte Phänomene im zeitgenössischen und historischen Kontext zu verstehen, müssen sie also in ihre ideologischen Bestandteile zerlegt werden.

1. Ungleichheitsideologien

Kern rechtsradikaler und rechtsextremer Ideologien ist die Vorstellung gruppenbezogener Ungleichheit zwischen Menschen. Diese kann sich auf (pseudo)biologische, kulturelle, historische oder geschlechtsspezifische Unterschiede beziehen. Diese Unterschiede werden als gegeben betrachtet. Sie gelten als quasi-natürlich, sind also durch menschliches Handeln nur begrenzt oder überhaupt nicht veränderbar. Verschiedenheit impliziert immer Hierarchien. Gelten Denken, Verhalten, religiöse Praktiken unterschiedlicher Ethnien als miteinander unvereinbar, ergibt sich daraus, dass die gesellschaftliche Ordnung der vorherrschenden Ethnie gegen den Einfluss der anderen geschützt werden muss. Weil gruppenbezogene Unterschiede als «natürlich» und homogene Gesellschaften als «organisch gewachsen» gelten, werden Vermischungen als Widerspruch zu dieser natürlichen Ordnung betrachtet. Umgekehrt ergeben sich aus diesen Ungleichheiten Ordnungsvorstellungen, die einerseits auf hierarchischen Prinzipien, andererseits – und damit zusammenhängend – auf Segregation beruhen. Familienstrukturen werden aus «biologischen» Eigenschaften der Geschlechter abgeleitet, die Männern und Frauen ihre jeweiligen Rollen zuweisen. Kulturen werden als mehr oder weniger wertvoll, «zivilisatorisch» oder «barbarisch» begriffen, zumindest jedoch für miteinander nicht vereinbar erklärt, etwa dann, wenn es um das Verhältnis zwischen dem christlichen Abendland und dem Islam geht. Besonders prägend für die extreme Rechte waren und sind biologistische Ungleichheitsvorstellungen, die Menschen nach rassistischen Merkmalen hierarchisieren.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de